

# Armutsrisiko steigt

## Anmerkungen zum Sozialbericht des Landes Nordrhein-Westfalen

Elisabeth Jünemann

In: caritas NRW 2/2005, 24-27.

„Ein Albtraum greift um sich“, kommentierte Heinz-Joachim Fischer am 8.2. diesen Jahres in der FAZ die aufgeregten Reaktionen der letzten Monate auf hie und da festzustellenden Einfluss des Christlichen auf die Politik. Der Alptraum: Moral. Christliche Moral greife nicht nur hierzulande sondern europaweit in die Politik ein. Orientierend. Reglementierend. Diese Sorge jedenfalls scheint die NRW-Landesregierung, zumindest im Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, nicht zu teilen. Im Gegenteil: Wo der vor 10 Jahren im Gemeinsamen Wort der Katholischen und Evangelischen Kirche „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ geforderte Blick nicht nur auf die Armut, sondern – weil Armut ja relativ ist - auch auf den Reichtum an den Anfang eines Sozialberichts gestellt wird, da kann man getrost davon ausgehen, dass der Einfluss von Religion und Moral auf das politischen Tagesgeschehen nicht gefürchtet wird. Und wo der Reichtumsbericht von dem als Streiter für ein traditionell immer auch auf entsprechende Verteilung angelegtes Gerechtigkeitsverständnis bekannten Jesuitenpater Friedhelm Hengsbach sozialetisch reflektiert wird, da kann man davon ausgehen, dass die christliche Vorstellung vom guten Leben unter gerechten Bedingungen nicht ganz unmaßgeblichen Anstoß gibt zur Vorwort-Frage nach „einer fairen Verteilung der Lasten, die mit dem notwendigen Umbau unseres Sozialstaates verbunden sind“ und nach „Rahmenbedingungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe und Chancengleichheit sichert“.

Ein christliches Verständnis von dem, was gut und gerecht sei, in einem politischen Papier? Moral im politischen Geschäft? Fast zu schön um wahr zu sein. 80% der Bevölkerung hierzulande (in den neuen Bundesländern sind es sogar 92%) glauben das ja auch eher nicht. Sie sind davon überzeugt, in den letzten vier Jahren habe die soziale Gerechtigkeit in Deutschland abgenommen. Und sie sind entsprechend politikverdrossen. Eine politisch-soziale Ordnung, die auskommt ohne das moralische Kriterium „Gerechtigkeit“, verliert im Handumdrehen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Eine Politik, die nicht verlässliche Kriterien für das Gerechte aufstellt und einhält, verliert die Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Einen Sozialbericht nicht nur als Ansammlung von Daten und Fakten zu verfassen, sondern ihn unter das Vorzeichen einer (christlichen) Vorstellung von Gerechtigkeit zu setzen, ist entsprechend keine uneigennützig Hommage an die in Europa immer noch einflussreiche christliche Kultur, es ist politisch klug.

Der traditionelle Kern der 422 Seiten Sozialbericht ist der lebenslagenübergreifende Armutsbericht. Er liefert Daten zu Umfang und Struktur des vorhandenen Armutspotentials, die

Entscheidungsgrundlage sein können für eine wirksame Bekämpfung von Armutslagen und sozialer Ausgrenzung. Die Daten überraschen nicht: 2003 waren 14,8% der Bevölkerung armutsgefährdet; d.h., sie drohen unter 50% des Durchschnitts-Nettoeinkommens von 1.209 Euro zu fallen. Nach wie vor tragen bestimmte Personengruppen in bestimmten Lebenslagen ein höheres Risiko.

Kinder und Jugendliche tragen immer noch ein höheres Armutsrisiko als Ältere. Das Armutsrisiko von Familien steigt nach wie vor mit dem Kinderreichtum. Nach wie vor ist das Armutsrisiko allein Erziehender besonders hoch; jede fünfte allein erziehende Frau und jeder zehnte allein erziehende Mann lebt vorwiegend von Sozialhilfe. Das erstaunt nicht. Denn nach wie vor vergisst unsere Gesellschaft einfach ihre „humanen Ressourcen“, ihr (zum Unwort gekürtes) „Humankapital“ oder sie beutet es aus. Vom Vergessen spricht das dicker werdende Bündel von Risikofaktoren, das vor der Kinder- und Familienarmut steht: Die Ausbildung der Eltern ist schlecht, ihre Erziehungs- und Haushaltskompetenz ebenfalls, es mangelt ihnen an wirtschaftlichen Fähigkeiten, ihnen wird (geschlechtsspezifisch unterschiedlich rigide) der Zugang zur Erwerbsarbeit verstellt, das Einkommen ist gering, die Gesundheitsbedingungen sind schlecht etc.. Vom Ausbeuten sprechen politische Entscheidungen, die sich nicht orientieren an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen, sondern an wirtschaftlichen Interessen. Interesse der Wirtschaft ist es, dass sich Kinder wie Eltern dem Arbeitsmarkt anpassen. Höchste Flexibilität und Mobilität wird erwartet, zeitlich, räumlich und inhaltlich. Wer nicht mitkommt, das zeigt der Armutsquotient, verliert die Beteiligung am wirtschaftlichen Wohlstand. Wer nicht mitkommt, den verliert dann aber auch – nach langfristigerer Politikfolgeabschätzung – die Wirtschaft.

Besser als den Kindern und den Familien geht es zur Zeit den 3,3 Millionen (18,2%) Menschen in Nordrhein-Westfalen, die 65 Jahre alt sind und mehr. Sie sind mit 7,3 % unterdurchschnittlich häufig von Einkommensarmut betroffen. Ein politischer Erfolg. Aber nicht ohne Wermutstropfen: Man sorgt sich berechtigterweise, ob unsere Gesellschaft zukünftig diesen hauptsächlich durch öffentliche nicht durch private Sorge erreichten Standard halten kann? Wenn es stimmt, dass 2050 in NRW jeder Dritte älter als 65 Jahre alt sein wird, was aber nur stimmt, wenn Frauen und Männer nach wie vor keine Lust auf Kinder haben, was wiederum nicht eine Frage der „Entsorgung“ der Alten ist, sondern massiv eine Frage der Versorgung der Jungen, wenn das also stimmt, dann werden Alte nicht länger die gehegte und gepflegte Minderheit sein, sondern die gefürchtete Mehrheit. Brandschriften diagnostizieren jetzt schon das „Methusalem Komplott“ und den „Kampf der Generationen“. Der Generationenvertrag wird misstrauisch hinterfragt. Von wegen „pacta sunt servanda“. Demographische Verschiebungen werden zu sozialpolitischen, steuerpolitischen und auch zu familienpolitischen Korrekturen zwingen. Zum Umdenken und Umverteilen.

Die höchste Armutsrisikoquote verursacht Erwerbslosigkeit; da liegt sie bei 40%. Der Zugang zur Erwerbsarbeit entscheidet hierzulande grundsätzlich über die soziale Situation. Grundsätzlich über

den Zugang zur Erwerbsarbeit entscheidet die Bildung. Der Sozialbericht beobachtet entsprechend zurecht durchgängig durch alle Lebenslagen immer auch den Risikofaktor Bildungsdefizit – hier, beim Armutsrisiko Erwerbslosigkeit schlägt er am härtesten zu Buche: Fast jeder zehnte Erwerbslose (9,2 %) hat keinen Schulabschluss vorzulegen; von der armen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter haben 13,6 % keinen allgemein bildenden Schulabschluss, fünfmal so viel wie in der übrigen Bevölkerung. 42,6 % der armen Personen besitzen keinen beruflichen Abschluss. Ob sich das ändert durch die betreuende Ganztagschule, bei nach wie vor großen Klassen vor wenigen Lehrern, die spätestens seit Pisa mächtig unter Druck stehen? Angehoben worden ist in NRW die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Behinderung. Ihre Partizipationschancen sind insgesamt gestärkt worden – und so weisen behinderte Menschen mit einer Armutsrisikoquote von 9,3 % eine deutlich geringere Armutsgefährdung auf als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Es ist nicht verwunderlich, dass Ausländerinnen und Ausländer trotz aller Fördermaßnahmen der Landespolitik in Richtung kulturelle Integration dreimal so stark armutsgefährdet sind wie die deutsche Bevölkerung. Hier bündeln sich die Risikofaktoren wie Bildungsdefizit (45,4 % der ausländischen Bevölkerung verfügt über keinen Ausbildungsabschluss), Kinderreichtum und Erwerbslosigkeit. Die Armutsrisikoquote liegt mit 38,9 % entsprechend hoch.

Armut ist der eine Pol in einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen. Der andere Pol ist Reichtum. Spätestens, wenn neben der Frage nach der realen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger auch die nach ihren gerechten Teilhabechancen gestellt wird, braucht man neben dem Wissen um vorhandenen Mangel auch Wissen um den in einer Gesellschaft vorhandenen Reichtum. Deshalb wird die NRW Sozialberichterstattung ergänzt um Daten und Fakten zum in NRW vorhandenen „Reichtum“, zum Einkommensreichtum und zum Vermögensreichtum.

Wer ist reich? Wer (nach DM-Währung) „Millionär“ ist? Oder schon, wer das Doppelte des Durchschnittseinkommens hat? Oder das Doppelte des Durchschnittsvermögens? Bei dieser Reichtumsgrenze würden in NRW viele zu „Reichen“. Eine andere Abgrenzungsmöglichkeit definiert die obersten 5 % der Einkommen als „hohe Einkommen“. Ein Maß, das es einerseits möglich macht, im Vergleich mit entsprechend definierten „Niedrigeinkommen“ deutlich auf Einkommensabstände zu zeigen, andererseits aber per se, unabhängig von der Einkommensverteilung, jeweils 5 % der Bevölkerung als reich definiert. Ein Sozialbericht richtet zurecht den Fokus auf sehr hohe Einkommen. Auf das oberste Prozent des Durchschnittseinkommens oder, damit wird die Reichtumsschwelle noch höher gesetzt, auf die obersten 10.000 bzw. sogar die obersten 1.000 Spitzenverdiener.

Die Analyse des vorhandenen Reichtums bleibt im Sozialbericht nicht beschreibend. Sie wertet. Indem sie z.B. fragt, ob die ungleich verteilten Einkommen und Vermögen (die obersten 5% der

vermögenden Haushalte besitzen knapp 30% der Vermögen in NRW) wenigstens gleich stark mit Steuern und Abgaben belastet sind und zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Ob das in Deutschland prinzipiell geltende Solidarprinzip (zu dem die christliche Soziallehre einst die Blaupause lieferte) befolgt wird: Wer mehr verdient, zahlt auch mehr Abgaben. Es stimmt schon nachdenklich, nach politischer wie nach moralischer Logik, dass das oberste Dezil der Einkommensskala in NRW und in der gesamten Bundesrepublik zwar absolut auch am meisten, nämlich mehr als die Hälfte, zum Steueraufkommen beiträgt, dass diese durchaus hohe Abgabenlast aber doch im Vergleich zu unteren und mittleren Einkommen eine deutlich geringere Belastung darstellt. Ist das politisch und moralisch kommunizierbar? Die Reichen in unserer Gesellschaft zahlen gemessen an ihren Markteinkommen relativ weniger Steuern als die aus Arbeitern und Angestellten bestehende Mittelschicht. Zugleich partizipieren die oberen Dezile der Einkommensskala aber relativ stärker an öffentlichen Gütern wie Bildung, öffentlicher Gesundheitsfürsorge, Kultureinrichtungen etc. – eine soziale Selektion, die durch die auf Zuzahlungen basierenden Sozialreformen, nicht abgebaut sondern verstärkt wird.

"Wie kann der Staat", die Frage wirft der NRW-Sozialbericht selber auf, „sicherstellen, dass alle hohen Einkommen und Vermögen mindestens so stark zur Finanzierung des Standortes Deutschland herangezogen werden wie bisher schon die kleinen und mittleren Lohnempfänger ...?" Einerseits ist die Antwort klar: Jedenfalls nicht durch Appelle an die Moralität der Bürger. Es ist Aufgabe des Staates selber, Strukturen zu schaffen, durch die der Bürger zu sozialgerechten Abgaben genötigt wird. Andererseits ist der Druck der Ökonomie auf die Politik nicht geringer als der, den sie auf den einzelnen ausübt. Über der Politik hängt das Damoklesschwert „Standortvorteil“. Es geht um wirtschaftlichen Standortvorteil, den man nicht verspielen darf, ohne alles nur noch zu verschlimmern. Und für den stehen in erster Linie niedrige Lohnnebenkosten, nicht das Prinzip „Gerechtigkeit“.

„Gerechtigkeit“ als Standortvorteil? Gar nicht so abwegig! Politische Durchsetzbarkeit, wirtschaftlicher Erfolg – ohne das Kriterium der Gerechtigkeit, der sozialen Verantwortbarkeit, wenden sie sich gegen den Menschen. Und die Menschen wenden sich gegen sie. Was auf Dauer schadet. Politik und Wirtschaft bauen entsprechend, ganz vorsichtig noch und Schritt für Schritt, auf einen „Standortvorteil Gerechtigkeit“. Wie sonst sollte sich die Attraktivität erklären, die das Kürzel CRS (für Corporate Social Responsibility) für die Wirtschaft und auch für die NRW-Politik hat. Unter dem Titel „ENTERPreis“ hat das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005 zu einem Wettbewerb für Corporate Citizenship aufgerufen. Unternehmen werden ausgezeichnet, die dem Standort Nordrhein-Westfalen verbunden sind und sich in herausragender Weise durch gesellschaftliches Engagement ausgezeichnet haben.

Es ist davon auszugehen, dass die Zahl derjenigen, die an der Armutsgrenze leben, zunimmt. Nicht als Folge wirtschaftlicher Entwicklung, sondern als Folge politischer Entscheidungen.

Politische Entscheidungen, Umbaumaßnahmen im Sozialstaat, zumal, wenn der Umbau mit dem Abbau sozialer Leistungen im Arbeitslosen- und Sozialhilfebereich, im Bereich der Altersversorgung, der Gesundheitshilfe etc. einhergeht, machen Angst. Gleich, ob die Notwendigkeit eingesehen wird oder nicht. Zurecht. Sozialstaatliche Veränderungen sind voller Risiken für jedermann und jede Frau. Verlässliche Kriterien, nach denen die eine sozialpolitische Entscheidung gerecht, die andere ungerecht zu nennen ist, eliminieren das Risiko nicht, aber sie mindern es. Wo man sich verlassen kann auf eine Vorstellung von Gerechtigkeit, die den alttestamentlichen Gedanken der Freiheitserhaltung und den neutestamentlichen Gedanken der Nächstenliebe, oder wie es der frühere Bonner Sozialethiker Nikolaus Monzel einst formulierte: die „Liebe als Sehbedingung der Gerechtigkeit“, im Programm hat, da wird die Angst vor der Ausgrenzung begrenzt, die Hoffnung auf Soziale Hilfe bestärkt. Wenn man das irgendwo weiß, dann bei der Caritas. Ihr tägliches Geschäft ist ein politisch durchsetzbares und wirtschaftlich haltbares christliches Programm Sozialer Gerechtigkeit.